

# 3 KASSE

11.11.17 10.20.22

## Initiative kritisiert Ausschuss zum Lübcke-Mord

Kassel – Auch die Kasseler Initiative Nachgefragt kritisiert, dass der Mörder Stephan Ernst im Untersuchungsausschuss des Landtags zum Mordfall Walter Lübcke am 4. November im Landgericht Wiesbaden vernommen werden soll und nicht im Parlamentsgebäude. Es sei zu befürchten, dass für Presse und Zuhörer das Los über die Zulassung entscheide. „Die Rechte von Öffentlichkeit und Presse werden so dem Zufallsprinzip geopfert“, kritisiert der Vorsitzende Horst Paul Kuhley in einer Pressemitteilung.

Die Initiative setzt sich seit Jahren für Demokratie, Aufklärung und politische Bildung ein und begleitete auch den NSU-Untersuchungsausschuss. Kuhley weist darauf hin, dass dort „eine inhaftierte Zeugin mit Hand- und Fußfessel im Ausschuss bei unbeschränkter Öffentlichkeit verhört“ wurde. Es sei nicht nachzuvollziehen, warum die Sicherheitsbedenken diesmal größer sein sollten.

Der Ausschussvorsitzende Christian Heinz (CDU) hatte zur Begründung neben Sicherheitsaspekten angeführt, dass der Mörder von Walter Lübcke „nicht an dessen langjähriger Wirkungsstätte auftreten soll“. Dies bezeichnet Kuhley als „Gipfel der Scheinheiligkeit“. Das „Andenken an den mutigen Demokraten“ werde am besten „durch mutige Demokratie vor Ort gewahrt und nicht durch vorgeläuschte Beidenkenträger“.